

Verhandlungsaufforderung an die Landesregierung zu einem Konzept der Absicherung des Lehrkräftebedarfes im Schulbereich

1. Vor dem Hintergrund des angespannten Lehrkräftearbeitsmarktes im Land Brandenburg fordert die GEW Brandenburg die Landesregierung auf, in gemeinsame Verhandlungen zur Absicherung des Lehrkräftebedarfes im Land Brandenburg einzutreten. Die Bedarfssituation wird sich in den kommenden 10 Jahren weiter dramatisch zuspitzen. Die Gründe liegen in den Fehlentwicklungen und -entscheidungen der Landesregierung bezüglich der bedarfsgerechten Ausbildung von Lehrkräften im Land Brandenburg. Aktuelle Entwicklungen erhöhen die Einstellungsbedarfe in den nächsten 10 Jahren weiter, ohne dass die entsprechend vollständig ausgebildeten Lehrkräfte auf dem Arbeitsmarkt vorhanden sind. Zu den Entwicklungen gehören u. a.:

- weiter steigende Geburtenzahlen,
- Zuzüge nach Brandenburg,
- zusätzliche Bedarfe aus pädagogischer Sicht,
- sich verschärfende Konkurrenzsituation mit anderen Bundesländern,
- Einwanderung und Fluchtbewegungen,
- unzureichende Lehrkräfteausbildung.

2. Es muss davon ausgegangen werden, dass in den nächsten 10 bis 15 Jahren ein jährlicher Einstellungsbedarf von mindestens 2000 Lehrkräften besteht. Die schon jetzt angespannte Situation am Lehrkräftearbeitsmarkt wird sich drastisch verschärfen. Zugleich verdeutlichen die Entwicklungen zu den Einstellungen von Lehrkräften, dass die regionalen Verwerfungen weiter zunehmen werden. In deren Folge werden sich einerseits die Arbeitsbelastungen der Lehrkräfte weiter erhöhen und andererseits gerät die Chancengleichheit für die Schülerinnen und Schüler im Land Brandenburg verstärkt in Gefahr. Vor diesem Hintergrund ist eine Konzeption zur Absicherung des Lehrkräftebedarfs längst überfällig und unverzichtbar. Diese ist mit der GEW zu verhandeln und in den Eckwerten festzuschreiben. Dabei sind die getroffenen Vereinbarungen von 2017 und 2022 die Grundlage und müssen in die neue Konzeption übergeleitet werden. Die Konzeption muss mindestens die nächsten zehn Jahre umfassen, regelmäßig evaluiert und an die aktuellen Entwicklungen angepasst werden.

3. Aus der Sicht der GEW Brandenburg müssen folgende Aspekte in der zu vereinbarenden Konzeption enthalten sein:

- Maßnahmen zur Erhöhung der Ausbildungskapazitäten für zukünftige Lehrkräfte, einschließlich von Maßnahmen zur Absicherung der realen Bedarfe der Schulen
- Maßnahmen zur Qualifizierung von Lehrkräften mit Seiteneinstieg, die unbefristet in den Schuldienst des Landes Brandenburg eingestellt werden
- Maßnahmen zur Absicherung der Fachlichkeit und der Wahrung bzw. Wiederherstellung der Chancengleichheit für die Schülerinnen und Schüler im Land Brandenburg

- Maßnahmen zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit des Landes Brandenburg auf dem Arbeitsmarkt für Lehrkräfte durch die Erhöhung der Attraktivität der Arbeit in den Schulen des Landes Brandenburg
- Maßnahmen zur Anpassung des Bedarfes auf der Grundlage der vorhandenen Lehrkräfte, zu deren Entlastung und zur Konzentration auf die basalen Kernkompetenzen bei den Schülerinnen und Schülern
- Ausschluss einer Arbeitszeitverlängerung für alle Lehrkräfte
- Maßnahmen zum Erhalt der Professionalität schulischer Bildung.

Die Vereinbarung sollte kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zur Absicherung des Lehrkräftebedarfes enthalten. Die dafür notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen müssen durch das Land Brandenburg zusätzlich zur Verfügung gestellt und dürfen nicht in den jeweiligen Haushalten des MBS erwirtschaftet werden.

4. Die Absicherung des Lehrkräftebedarfes und die Anpassung des realen Bedarfs der schulischen Bildungsangebote an das vorhandene Personal an den Schulen haben für die GEW Brandenburg höchste Priorität. Sie sind ein entscheidender Bestandteil und Grundlage der gewerkschaftlichen Interessenvertretung in den nächsten Jahren.

5. Der sozialpädagogische Bereich wird gebeten, zu prüfen, ob eine vergleichbare Konzeption zur Absicherung des Fachkräftebedarfes in diesem Bereich entwickelt werden kann.